

## Liebe Leserinnen und Leser,

die Verhandlungen der Europäischen Staats- und Regierungschefs unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft sind beendet. Noch nie gab es so ein großes Verhandlungspaket, das nach fünf langen Arbeitstagen und Nächten zum Abschluss gekommen ist. Die Mitgliedstaaten sind damit ihrer Verantwortung gerecht geworden. Ein Scheitern wäre politisch kaum darstellbar gewesen! Es bleiben aber Fragen offen, wie zum Thema **Rechtsstaatlichkeit**.



Aber auch für unsere Landwirte sind Fragen offengeblieben. In der Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) stellte Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner die **Eckpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft** vor und stand den Abgeordneten Rede und Antwort. Wir reden zwar viel über ‚Farm‘, aber weniger über ‚Fork‘. Dabei müssen wir die Debatte umgekehrt führen und das System neu denken! Ein umgekehrtes Systemdenken - also **vom Teller auf den Hof** - kann dazu beitragen, jeden Einzelnen für eine gesündere Ernährung in unseren Versorgungsketten zu motivieren und zu aktivieren. Wir dürfen die Verantwortung nicht nur auf unsere Landwirte abwälzen, indem wir sie mit immer höheren Auflagen gängeln.

Wir sollten die kommenden Monate der EU-Ratspräsidentschaft dazu nutzen, um zur **Modernisierung der geltenden Richtlinien** beizutragen und um den **wissenschaftlichen Fortschritt sowie Innovationen** zu fördern. Den bürokratischen Aufwand zu reduzieren, haben schon Viele versprochen! Julia Klöckner könnte hier jetzt ein Denkmal setzen. Wir müssen es schaffen, gerade unseren jungen Landwirten **Zukunftsperspektiven** zu vermitteln und den **Glauben an die europäische Politik** zu stärken.

Ich wünsche Ihnen eine schöne und erholsame Sommerzeit.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen



## Mein Europa

### Debatte mit Angela Merkel über die Prioritäten der deutschen Ratspräsidentschaft

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bei der Vorstellung des Programms der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Plenum ein flammendes Bekenntnis zur Stärkung Europas abgegeben. Nachdrücklich forderte sie von allen Seiten Solidarität und präsentierte die für die kommenden sechs Monate wichtigsten Punkte: den Kampf gegen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise, die Verhandlungen mit Großbritannien über das künftige Abkommen, Klimaschutz, Digitalisierung sowie Europas Stellung in der Welt. Eindringlich mahnte Merkel bei den Verhandlungen für den Wiederaufbaufonds zur Eile. „Wir dürfen keine Zeit verlieren, darunter würden nur die Schwächsten leiden“, erklärte die Bundeskanzlerin mit Blick auf den anstehenden EU-Gipfel am 17. Juli.

In der anschließenden Debatte drängten Abgeordnete von CDU/CSU darauf, mehr Geld für wirklich zukunftsfähige Investitionen für Klimaschutz, Digitalisierung und Infrastruktur bereitzustellen. Zeitgleich mit der Mittelvergabe solle aber auch über die Rückzahlung entschieden werden. Die Abgeordneten warnten davor, den allgemeinen Haushalt, also den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), einfach zu kürzen. Denn dann gebe es nicht genügend Investitionen z.B. in Forschung und Außengrenzschutz.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

### Erneuerung der EU-Strategie für die öffentliche Gesundheit nach Corona

Das Europaparlament hat eine stärkere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei Gesundheitsfragen gefordert. Ziel soll eine europäische Gesundheitsunion sein. Die Corona-Pandemie habe gezeigt, dass die EU-Staaten viel stärker zusammenarbeiten müssten, heißt es in einer fraktionsüberschreitenden EntschlieÙung, die vom Plenum verabschiedet worden ist. Die Abgeordneten unterstützen darin mit großer Mehrheit die vier Prioritäten, die Bundesgesundheitsminister Jens Spahn am Montag in einer Videokonferenz mit den Abgeordneten für die deutsche Ratspräsidentschaft skizziert hat. So soll etwa das Europäische Zentrum für Seuchenbekämpfung gestärkt sowie die Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten verbessert werden. Auch im Bereich der Telemedizin fordern die Abgeordneten mehr Kooperation zwischen den Staaten, zudem drängen sie auf konkrete Maßnahmen zur Vermeidung von Arznei- und Medizinproduktengpässen.

Des Weiteren fordern die Abgeordneten konkrete Gesetzgebungsvorschläge zur Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes bei Mensch und Tier sowie Anreize für die Entwicklung neuer Antibiotika. Der von der Kommission bereits angekündigte Aktionsplan zur Bekämpfung von Krebs wird nachdrücklich unterstützt. Schließlich drängen die Abgeordneten darauf, die internationale Kooperation zu stärken, insbesondere im Bereich der Weltgesundheitsorganisation.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

## **Mobilitätspaket: Abstimmung über umfassende Reform des Transportsektors**

In der hart umkämpften Lkw-Branche gibt es künftig fairere Wettbewerbsbedingungen. Das Europaparlament verabschiedete in dieser Woche das so genannte Mobilitätspaket. Darin enthalten sind flexiblere Regeln zur Einteilung der Lenk- und Ruhezeiten oder das Erfordernis, dass ein Lkw spätestens nach acht Wochen an die heimische Betriebsstätte zurückkehren muss. Damit soll verhindert werden, dass Lkw von Briefkastenfirmen etwa aus Südosteuropa im Dauereinsatz in anderen Teilen Europas unterwegs sind. Die Fahrer sollen spätestens nach vier Wochen nach Hause zurückkehren können. Digitale Fahrtenschreiber gehören künftig zur Grundausrüstung in den Lkw. Damit werden Kontrollen vereinfacht und Betrug verhindert. Die neuen Regeln gelten auch für leichte Nutzfahrzeuge ab 2,5 Tonnen, wenn sie im grenzüberschreitenden Verkehr unterwegs sind. Insgesamt sollen die neuen EU-Regeln auch für mehr Sicherheit im Straßenverkehr sorgen. Dies ist umso wichtiger, als 80 Prozent der Gütertransporte im EU-Binnenmarkt per Lkw erfolgen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

## **Achtung der Rechtsstaatlichkeit als Bedingung für Erhalt von EU-Fördermitteln?**

Rat und Kommission sollen erklären, wie die Rechtsstaatlichkeit zu einer verbindlichen Bedingung für EU-Länder gemacht werden kann, um EU-Fördermittel im Rahmen des nächsten MFR zu erhalten. Im Mai 2018 hatte die EU-Kommission einen Mechanismus zur Aussetzung oder Kürzung von EU-Mitteln vorgeschlagen, wenn unter dem nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 „generelle Mängel in Bezug auf das Rechtsstaatsprinzip“ in Mitgliedstaaten auftreten. Im Januar 2019 verabschiedeten die Abgeordneten ihr Verhandlungsmandat und stimmten ihm im Grundsatz zu, forderten jedoch, dass die Endbegünstigten angemessen geschützt werden und dass das Parlament voll in den Entscheidungsprozess über die Aussetzung von Zahlungen einbezogen wird. Die Verhandlungen mit dem Rat haben noch nicht begonnen, da sich die Mitgliedstaaten noch nicht auf einen gemeinsamen Standpunkt einigen konnten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

## **Neue Ausschüsse: Bekanntgabe der Namen der Mitglieder**

Die Abgeordneten stimmten während der Plenarsitzung im Juni mit großer Mehrheit für die Einsetzung eines Unterausschusses für Steuerfragen, eines Untersuchungsausschusses für Tiertransporte und dreier Sonderausschüsse, einer zur Krebsbekämpfung, ein weiterer für digitale und künstliche Intelligenz und ein dritter für ausländische Einmischung und Desinformation in der EU. Der Unterausschuss und der Untersuchungsausschuss werden aus jeweils 30 Mitgliedern bestehen, während jeder Sonderausschuss 33 Mitglieder haben wird. Das Verfahren zur Benennung der Mitglieder eines Ausschusses ist in Artikel 209 der Geschäftsordnung des EP festgelegt.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

## **„Green Deal“: Energiespeicherung fördern, Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen unterstützen**

Um den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am europäischen Energiemix zu erhöhen, wollen die Abgeordneten Speicherlösungen wie Wasserstoff oder Hausbatterien unterstützen. In einer Entschließung heben die Abgeordneten das Potenzial von Wasserstoff aus erneuerbaren Quellen (so genannter „grüner Wasserstoff“) hervor. Sie unterstützen die Bemühungen der Kommission, europäische Standards für Batterien zu schaffen und die Abhängigkeit der EU von der Produktion außerhalb Europas zu verringern. Die Abgeordneten untersuchen auch, wie dezentrale Speicherkapazitäten durch Hausbatterien, Haushaltswärmespeicherung, Technologien zur Netzintegration von Elektrofahrzeugen und intelligente Hausenergiesysteme entwickelt werden können. In einer weiteren Entschließung fordern die Abgeordneten, dass die EU-Förderrichtlinien für wichtige Energieprojekte überarbeitet werden, um sie mit der europäischen Klimapolitik und den Zielen des Pariser Abkommens in Einklang zu bringen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

## **Debatte über die Destabilisierung des östlichen Mittelmeerraums durch die Türkei**

Das aggressive Verhalten der Türkei im Mittelmeer sorgt für breite Kritik im Europaparlament. In der Plenardebatte warfen Abgeordnete aus verschiedenen Fraktionen der Türkei einen Bruch des Völkerrechts vor. Seit dem Frühjahr 2019 führen türkische Bohrschiffe Probebohrungen im Meeresboden innerhalb der Wirtschaftszone (EEZ) Zyperns durch. Nach den Bestimmungen des internationalen Seerechts dürfen Bodenschätze innerhalb der EEZ eines Anrainerstaats nicht von anderen Staaten ausgebeutet werden. Ein weiterer Kritikpunkt ist ein Abkommen zwischen der Türkei und Libyen vom November 2019 über eine Sonderwirtschaftszone im Mittelmeer. Diese Zone verletzt Souveränitäts- und Nutzungsrechte Griechenlands, unter anderem vor der Küste von Kreta. Die Türkei erkennt generell die Souveränitäts- und Nutzungsrechte, die durch Inseln entstehen, nicht an. Dieser Streit spielt insbesondere in der Ägäis eine große Rolle, wo Griechenland und die Türkei seit Jahrzehnten über die Ausdehnung der jeweiligen Kontinentalplatte und über die Frage, mit welchen Mitteln, bilaterale Verhandlungen oder Klärung durch den Internationalen Gerichtshof, dieser Konflikt beigelegt werden soll.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

## **CDU/CSU-Europagruppe: Erfolgreicher Einsatz für den Erhalt des EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit**

Der gemeinsame Einsatz für den Erhalt des EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit war erfolgreich. Der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Margaritis Schinas, hat bekannt gegeben, dass die Europäische Kommission die Funktion des EU-Sonderbeauftragten für Religionspräsidenten erneuern wird.

Die EU steht für Glaubens- und Religionsfreiheit und kämpft hierfür auf der ganzen Welt. Wir brauchen für diese Botschaft eine starke Stimme, da religiöse Minderheiten in vielen Staaten Repressalien ausgesetzt sind. Insbesondere christliche Minderheiten werden weiterhin stark verfolgt. Uns Europäern wächst daraus eine besondere Verantwortung. Als Vorreiter für universelle Menschenrechte, für die sich die Europäische Union global einsetzt, muss die Kommission sich für Religionsfreiheit mit großem Nachdruck einsetzen.

### **CDU/CSU-Europagruppe: Europaparlament gegen Verbot von Chromtrioxid**

Das Europaparlament hat einen Antrag von Grünen, Sozialdemokraten und Liberalen abgelehnt, wonach bestimmte Anwendungen von Chromtrioxid verboten werden sollten. Von der Verwendung des Stoffes sind zahlreiche Firmen in Deutschland und Europa abhängig. Hierzu erklären der umweltpolitische Sprecher der EVP-Fraktion, Peter Liese (CDU) und der regionalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Gruppe Christian Doleschal (CSU):

„Die heutige Entscheidung ist gut für die Wirtschaft und gut für die Umwelt. Chromtrioxid wird von dutzenden Firmen in Deutschland und Europa genutzt und ist zum Beispiel in der Automobilzulieferindustrie, der Armaturenindustrie und der Luftfahrtzulieferindustrie nach Einschätzung von Experten nicht ersetzbar. Im Endprodukt ist keinerlei Schadstoff enthalten, weshalb für den Verbraucher auch keinerlei Risiko entsteht.“

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

### **CDU/CSU-Europagruppe: EP-Plenardebatte zum Wiederaufbaufonds und EU-Haushalt**

Anlässlich der Plenardebatte zum Beschluss des Europäischen Rats zum Europäischen Wiederaufbauprogramm und zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) erklärt Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament:

"Es ist gut, dass der Europäische Rat eine Einigung gefunden hat. Europa mag streiten und um unterschiedliche Interessen raufen, aber am Ende finden die Mitgliedstaaten eine gemeinsame Position. Es ist das starke Signal: auf die EU ist Verlass, die EU ist solidarisch, wir stellen uns den Herausforderungen gemeinsam.

Der Beschluss der Staats- und Regierungschefs ist deshalb eine gute Verhandlungsgrundlage, aber das Europäische Parlament will und kann dieses Paket nicht einfach abnicken. Für Verbesserungen bleiben noch einige Wochen Zeit. Es gibt genug zu besprechen.“

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

## **Mein Mittelfranken**

### **HofladenBox: Wocheneinkauf out of the box**

Regionale Produkte, keine Lagerhaltung, wenig Verpackung und kurze Transportwege: Zusammen mit Christian Schmidt MdB durfte ich das Konzept der HofladenBox kennenlernen. Gegründet 2018 von Birgit Wegner und Mareike Schalk, bietet die Online-Plattform über 1000 Produkte von mehr als 50 Erzeugern und Händlern an und setzt

dabei auf regionale Lebensmittel aus Fürth, Nürnberg und Erlangen. Zweimal wöchentlich werden die Bestellungen in Mehrwegverpackungen direkt nach Hause oder an Abholstationen geliefert.

Die vollständige Momentaufnahme finden Sie [hier](#)

### Fürther Schlachthof: Fleisch der kurzen Wege

Der Fürther Schlachthof - seit fast 30 Jahren ein Erfolgsmodell, das auf Handwerk, tierschutzgerechte Schlachtung und heimische Fachkräfte setzt. Gründe genug, um ihm zusammen mit Petra Guttenberger MdL und Christian Schmidt MdB einen Besuch abzustatten. Als Regionalvermarkter und Arbeitgeber ist er für die gesamte Metropolregion von großer Bedeutung. Daher hofft Geschäftsführer Konrad Ammon auch auf Förderungen durch die Europäische Union, den Bund und den Freistaat.

Die vollständige Momentaufnahme finden Sie [hier](#)

## Herzensangelegenheiten

### Der Green Deal und die Landwirtschaft: „Wir müssen alle Akteure der Lebensmittelkette einbinden“

Unter dem Titel „Der Green Deal und die Sicht der Landwirtschaft“ - Die EU Strategie ‚Vom Hof auf den Teller‘ habe ich am 7. Juli zusammen mit hochrangigen Experten den komplexen Themenkreis diskutiert. Die „Farm to fork“-Strategie betrifft die gesamte Lebensmittelkette, vom Acker bis zum Teller. Dabei steht am Anfang die Landwirtschaft als Rohstoffhersteller. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, dass diese Branche ein systemrelevanter Teil der Gesellschaft ist. Doch selbst in der aktuellen Ausnahmesituation sehen sich Landwirte mit wachsender Kritik und immer neuen gesetzlichen Auflagen konfrontiert. Wie müssen wir also die Zukunft der Landwirtschaft und die Lebensmittelproduktion gestalten, sodass Ökonomie, Ökologie und Soziales im Gleichgewicht bleiben?

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

### Tierschutz: Neuer Untersuchungsausschuss für Tiertransporte

Das Europäische Parlament hat am 10. Juli einen neuen Untersuchungsausschuss zu Tiertransporten (ANIT) beschlossen. Ziel ist es, mutmaßliche Verstöße bei der Anwendung von EU-Tierschutzvorschriften beim Transport innerhalb und außerhalb der EU zu untersuchen. Unsere Hartnäckigkeit hat sich nun bezahlt gemacht. Die Novellierung der EU-Tierschutz-Transport-Verordnung ist schon längst überfällig. Die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses, der sich mit Verstößen gegen die Anwendung der EU-Tierschutzvorschriften beim Transport innerhalb und außerhalb der EU befassen soll, ist ein weiterer wichtiger Schritt!

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

### **Nitratbericht zeigt positiven Trend beim Gewässerschutz**

Die Bundesministerien für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie für Ernährung und Landwirtschaft haben gemeinsam den Nitratbericht 2020 veröffentlicht. Im Grundwasser sowie in Flüssen, Seen und Meeren sind die Nährstoffkonzentrationen signifikant gesunken. Ein Rückgang ist insbesondere dort zu verzeichnen, wo gemäß der Nitratrichtlinie die Schwellenwerte überschritten werden. Wir sind also auf dem Weg in die richtige Richtung!

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

### **Nachhaltige Lebensmittelsysteme in Zeiten globaler Krisen: „Wir müssen widerstandsfähige Ernährungssysteme fördern“**

Wie können wir das Potenzial der Rohstoff- und Nahrungsmittelproduktion weltweit besser und nachhaltiger nutzen? Dieser Frage ging ich als Mitglied der Parliamentary Alliance Against Hunger am 13. Juli nach. Im Digital Briefing „Nachhaltige Lebensmittelsysteme in Zeiten globaler Krisen“ habe ich zusammen mit hochrangigen Vertretern der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), der EU-Kommission, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP) und der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) erörtert, wie Landwirte und die Akteure in der Nahrungsmittelproduktion geschützt werden können und gleichzeitig die Ernährungssicherheit weltweit gewährleistet werden kann.

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

### **EU-Gipfel und EU-Agrarrat: „EU-Gelder in zukunftsgerichtete Programme investieren“**

Die Verhandlungen der Europäischen Staats- und Regierungschefs unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft sind beendet. Noch nie gab es so ein großes Verhandlungspaket, das nach fünf langen Arbeitstagen und Nächten zum Abschluss gekommen ist. Die Mitgliedstaaten sind damit ihrer Verantwortung gerecht geworden. Ein Scheitern wäre politisch kaum darstellbar gewesen! Es bleiben aber Fragen offen. Während der ungarische und der polnische Regierungschef feiern und dem Volk erklären, dass die Rechtsstaatlichkeit vom Tisch ist, dürfen wir Parlamentarier nicht zur Tagesordnung übergehen. Unsere Steuerzahler wollen, dass EU-Gelder ordentlich ausgegeben werden. Deshalb bleibt z.B. die Frage: Wie können wir Regierungen, die Recht brechen, EU-Gelder verwehren bzw. aussetzen? Wir Parlamentarier sind gut beraten, das zu unserer Sache zu machen und das, was die Mehrheit der Menschen in Europa will, auch laut und deutlich anzusprechen und tragfähige Lösungen einzufordern.

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

## Lesenswert

### RTL/ntv-Trendbarometer vom 25. Juli: CDU/CSU seit 15 Wochen an der 40-Prozent-Marke

Die Stabilität der politischen Stimmung in Deutschland hält nach wie vor an. Im aktuellen RTL/ntv-Trendbarometer haben sich gegenüber der Vorwoche die Werte für keine Partei verändert. Die Union liegt jetzt bereits in der 15. Woche an der 40-Prozent-Marke und damit weit vor Grünen und SPD. Die SPD ist seit sieben Wochen drittstärkste Partei hinter den Grünen. Das „linke“ Wählerlager aus SPD, Grünen und Linke kommt zusammen auf 40 Prozent und ist damit weiterhin nicht regierungsfähig. Die CDU/CSU könnte mit der SPD weiterregieren oder eine Koalition mit den Grünen eingehen. Seit Anfang Februar liegt die AfD unter ihrem Ergebnis bei der Bundestagswahl im September 2017.

In der Union mehren sich die Stimmen, die für die anstehenden Entscheidungen über den CDU-Vorsitz und die Kanzlerkandidatur ein Umdenken fordern. Sie schlagen Gesundheitsminister Jens Spahn anstelle von Laschet, Merz und Röttgen als künftigen CDU-Chef vor; CSU-Chef Markus Söder soll Kanzlerkandidat werden.

49 Prozent der Bundesbürger sind überzeugt, dass das „eine gute Lösung für die Union“ wäre. 34 Prozent meinen, ein solches Gespann Söder/Spahn würde der Union „nicht mehr Sympathien bringen als andere personelle Angebote“. 17 Prozent sind unschlüssig. Zwei Drittel der Unions-Anhänger (66%) sind für das Gespann, das sich in der Corona-Krise profiliert hat.

*Die einzelnen Ergebnisse der Forsa-Umfrage finden Sie [hier](#)*

#### Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)  
[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Sarah Schöffler